

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Schriftleitung: Düsseldorf, Konkordiastraße Nr. 7. Fernruf Nr. 4423. Telegramme: Textilverband Düsseldorf.

Verlag: C. M. Schiffer, Düsseldorf, Konkordiastraße 7.
Druck und Versand Joh. van Aken, Crefeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65.
Fernruf: 4692.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 3 Mark.

Staatsbankrotte.

Ueber dieses Thema ist gar oft geredet worden; am meisten in den ersten Revolutionswochen und -monaten. Auch heute gibt es noch Leute, die einen Staatsbankrott als wahrscheinlich hinstellen. Es ist schwierig, sich eine ganz klare Vorstellung von diesem Problem zu machen, und viele, die vom Staatsbankrott redeten oder noch reden, haben kaum eine Ahnung davon, was ein Staatsbankrott eigentlich ist. Es dürfte deshalb willkommen sein, über diese Frage einiges zu sagen. In der Zeitschrift „Deutsche Politik“, Stuttgart, Nr. 17, führt E. Winter unter der obigen Ueberschrift folgendes aus:

Das Geistesbild des Staatsbankrotts geht um. Verängstigte Fragen beweisen es. An und für sich ist diese Beobachtung nicht überraschend, nach einem Kriege, der unglücklich ausgegangen ist und der eine beispiellose Schuldenlast für ein verarmtes, wenn nicht zu sagen verelendetes Volk zurückgelassen hat. Wir werden also die Frage beantworten müssen: droht uns ein Staatsbankrott? und vorher wird es gut sein, uns einmal darüber klar zu werden, was eigentlich ein Staatsbankrott ist und ob er unter allen Umständen etwas moralisch zu verwerfendes darstellt. Der volkswirtschaftlich Unorientierte wird unter einem Staatsbankrott sich einen Zustand vorstellen, in dem das schuldenende Land kurzerhand aufhört, seinen Verpflichtungen nachzukommen und diese Verpflichtungen, das sind also im wesentlichen die Staatspapiere, wertlos werden. So ist die Sache in Wirklichkeit in der Praxis nun doch nicht, im Gegenteil: hier tritt der Staatsbankrott manchmal in verhältnismäßig harmlosen Formen auf, wie es denn die mannigfachen Formen gibt.

Alfred Manes führt in einem kürzlich bei Karl Sigismund in Berlin erschienenen Werke über Staatsbankrotte

nicht weniger als 10 Spielarten

auf. Die verhältnismäßig harmloseste ist die Herabsetzung der Zinshöhe. Schon etwas schlimmer ist unter Umständen die Hinausschiebung der Zinszahlung, die dann gewöhnlich in der Weise erfolgt, daß der Gläubiger an Stelle von barem Geld neue Anleihen zugeteilt erhält. Einschneidend und für den Gläubiger sehr unangenehm wird die Aufhebung der Zinszahlung. Eine mehr verdeckte Form der Verletzungen der Zinszahlungspflicht besteht in der Wiederwegnahme der bezahlten Zinsen durch besondere Couponsteuer. Um Irrtümern vorzubeugen, sei ausdrücklich betont, daß die jetzt in Deutschland zur Ausführung kommende Couponsteuer nicht hierher gehört; denn sie betrifft nicht etwa einseitig Staatspapiere, sondern wird auf sämtliche Einkommen aus Effekten, Hypotheken, Sparkassen, Guthaben usw. gelegt.

Beträfen die bisher aufgeführten Spielarten nur die Abmachungen über den Zinsendienst, so sind weiter die Verletzungen der Kapitalrückzahlungspflicht aufzuzählen. Auch hier kann eine Hinausschiebung der versprochenen Verpflichtungen eintreten. Es kann ferner die Umwandlung in andere Schuldgattungen, namentlich auf dem Wege der Zwangskonvertierung vorgenommen werden. Daneben ist denkbar die Herabsetzung des rückzahlbaren Kapitals, wie sie in gewisser Beziehung zu manchen österreichischen Ländern in bezug auf die Banknoten eingeleitet wird. Schließlich wird man manchmal dazu übergehen, statt einer in Gold versprochenen Rückzahlung eine solche in Papier vorzunehmen. Weiter wird es wohl vorkommen, daß gleichzeitig die Zinszahlungs- und die Kapitalrückzahlungsverpflichtungen nicht eingehalten werden, indem man etwa an Zins und Kapital Herabsetzungen vornimmt, oder aber — das ist der radikalste und auch seltenste Fall — indem man sowohl Kapital als auch Zinszahlung restlos streicht. Man nennt das Repudiation. Das bekannteste und aktuellste Beispiel hierfür stellt das bolschewistische Rußland dar. Doch hat man auch früher schon ähnliche Fälle gekannt, so im 19. Jahrhundert das Vorgehen mancher Gliedstaaten der amerikanischen Union. Aber auch das Ende der Assignatenwirtschaft in Frankreich muß insofern hier aufgeführt werden, als die Assignaten ursprünglich nicht reine Banknoten, sondern verzinsliche Sajoinscheine Frankreichs darstellten.

Es ist klar, daß ein nicht völlig bolschewistisch orientiertes Land vor der radikalsten Form bis zum letzten

zurückzureden und alles um wird, um diesen radikalen Zusammenbruch zu vermeiden, weil es den Kredit nicht ganz verschmerzen kann. Eine ganz andere Frage ist es allerdings, ob der Staatsmann, der es mit seinem Lande gut meint, überhaupt unter allen Umständen eine Verletzung seiner Zins- und Kapitalverpflichtungen vermeiden muß oder soll. Wir glauben, daß je nachdem eine Regierung sogar die Verpflichtung hat, im Interesse des Landes zum mindesten eine zeitweise Verkürzung der eingegangenen Verpflichtungen vorzunehmen, wenn nur dadurch das Land vor Katastrophen bewahrt wird. Die Lage eines Landes kann dann gleichbedeutend sein der eines Kaufmannes, der durch irgendwelche Unglücksfälle, etwa durch Naturereignisse oder durch Leichtsinne eines Teilhabers in Verlegenheit gekommen ist. Ein solcher Kaufmann wird nicht zuletzt im Interesse seiner Gläubiger versuchen, mit ihnen ein Kompromiß abzuschließen und dabei natürlich soweit wie irgend möglich seinen Gläubigern entgegenzukommen, eventuell durch das Versprechen, später nachzahlen. Wenn man diesen Vergleich folgerichtig durchdenkt, so ergibt sich bereits, daß diese Art der zeitweiligen Aussetzung nur dann einen Sinn hat, wenn die Gläubiger nicht identisch sind mit dem Schuldner, mit anderen Worten, ein solcher Staatsbankrott hat nur einen Sinn, wenn es sich um auswärtige Schulden handelt.

Ganz anders liegt die Sache aber, wenn

als Schuldner die eigenen Bürger

in Betracht kommen. Das ist in Deutschland der Fall. Im wesentlichen sind ja die deutschen Kriegsanleihen im Inlande untergebracht. Hier hat ein Staatsbankrott an und für sich wenig Sinn; denn die damit verbundene Schädigung der Gläubiger würde ja nicht nur die Steuerzahler vernichten, sondern auch die ganze Volkswirtschaft ruinieren, ja noch mehr, es würden nicht nur die großen und mittleren, sondern alle, aber auch alle kleinen Leute auf das schwerste geschädigt werden, weil es schlechterdings niemanden gibt, der nicht mit oder ohne seinen Willen, mittelbar oder unmittelbar Besitzer von Kriegsanleihen ist. Wer es abgelehnt hat, solche zu zeichnen und sein Geld einer Bank, Genossenschaft oder Sparkasse anvertraut hat, hat insofern auch Kriegsanleihe, als alle Institute in sehr bedeutendem Maße die ihnen anvertrauten Gelder auf diese Weise angelegt haben. Ja noch mehr: wer überhaupt keinen Gelbkassenschein getraut hat und statt dessen seine Sparpfennige in Banknoten hingelegt hat, ist genau in derselben Lage, nur mit dem Unterschied, daß er keine Zinsen erhält; denn die Banknoten stellen eine Forderung an die Reichsbank dar, die nun ihrerseits ihre Mittel fast restlos dem Reich in Form von Schatzanweisungen usw. zur Verfügung gestellt hat. Darum ist es auch so unsinnig und zwecklos, aus Angst vor einem Staatsbankrott sein Geld in den Strumpf zu stecken; denn wenn wirklich irgendwelcher Angriff auf die Staatsschulden kommen wird, so könnten die Banknoten am allerwenigsten verschont werden, im Gegenteil: das Beispiel der tschecho-slowakischen Länder zeigt, daß man unter Umständen in erster Linie an die Banknoten herangeht.

Was nun Deutschland anbelangt, so ist an und für sich bisher die deutsche Staatsschuld in keiner Weise irgendwie gefährdet gewesen, denn sie stellt gewissermaßen eine erste Hypothek auf den gesamten Besitz aller seiner Bürger dar. Allerdings ist die Sache dadurch jetzt etwas anders geworden, daß wir den Krieg verloren haben und die Entente phantastische Ansprüche an uns stellt. Wenn nun die Gegenseite die Absicht hätte, diese ihre Forderungen rücksichtslos und ohne Ueberlegung auf wirtschaftliche Folgen an erster Stelle geltend zu machen, so würde dann die heimische Schuld gewissermaßen an die zweite Stelle rücken und nicht mehr so sicher sein wie bisher. Diese Möglichkeit muß zum mindesten registriert werden. Man darf aber gleichzeitig darauf hinweisen, daß eine derartig rücksichtslose Durchführung nur auf dem Papier ein gutes Geschäft für die Entente wäre, in Wahrheit sich aber als das Gegenteil erweisen dürfte; denn in dem Augenblick, in dem die deutsche Kriegsanleihe durch Eingreifen unserer Feinde schwer gefährdet würde, müßte unser gesamtes so empfindliches Kredit- und Geldgebäude zusammenbrechen, da, wie schon einmal erwähnt, schlechterdings jegliche Existenz in Deutschland auf einer Respektierung der Anleihen aufgebaut ist. Wenn aber

durch eine Nichtrespektierung die ganze Wirtschaft zusammenbricht, so wird es der Entente sehr schwer fallen, aus Deutschland viel herauszuziehen. Der Kurs der Anleihen, das sei zum Schluß noch erwähnt, deutet übrigens nicht darauf hin, daß man in den Kreisen der Urteilsfähigen an eine ernsthafte Gefährdung der Anleihen glaubt. (?)

Allgemeine Rundschau.

Interessante Feststellungen.

über die Vorgänge am 9. November v. Js. machte in einer Versammlung in den Germaniasälen Berlins der dortige sozialdemokratische Stadtverordnete Prolat. Legterer sagte:

„Ebert und Scheidemann seien bereit gewesen, die Revolution ins Werk zu setzen, sobald Erzberger mit den Waffenstillstandsbedingungen in Berlin eingetroffen sei. Die Unabhängigen hätten dann einige Stunden zu früh mit den Straßendemonstrationen begonnen, die nach Eberts Plan erst mittags einsetzen sollten. Nur durch Scheidemanns Eingreifen sei ein Blutvergießen in den Straßen schon vormittags verhindert worden. Ein großer Teil der Bewaffneten sei bereit gewesen, sich für die alte Regierung einzusetzen. Als das erste Revolutionskabinett gebildet werden sollte, erklärte Ebert, daß die beiden sozialistischen Parteien zu gleichen Teilen beteiligt sein sollten. Die Verhandlungen standen unter der Leitung des damaligen Staatssekretärs Wahrschaffe, der im Auftrage von Ebert mit den Unabhängigen Dittmann, Kohn und Vogther Besprechungen hatte. Dittmann regte bei Ebert an, auch die ganz linksradikale Richtung im Kabinett vertreten sein zu lassen, und Ebert erklärte: „Bringen Sie Liebknecht hierher!“ Weiter wurde Ebert über die zu wählende Staatsform gefragt. Er sagte, selbstverständlich komme nur eine Republik in Betracht, die mit aller Macht zu einer sozialistischen Ausgestaltung sei. Diese Besprechungen verliefen ohne jede Störung, und die Vertreter der beiden Richtungen schieden mit warmem Händedruck und in bester Harmonie voneinander. Schon 6 Uhr abends verscharfte sich die Lage, denn Liebknecht und Barth, die auf Eberts Verlangen hinzugezogen worden waren, setzten sich energisch für die Diktatur des Proletariats ein. Am 10. November traf dann mittags Erzberger ein, und nun änderte sich das Bild vollständig. Barth erklärte nunmehr, daß jetzt an eine Diktatur des Proletariats nicht mehr gedacht werden könne, weil dieses unter dem Druck der entsetzlichen Waffenstillstandsbedingungen dem Volk gegenüber die Verantwortung nicht übernehmen könne. In dieser Sitzung nahm Barth, der als Redner der radikalen Metallarbeiter in Berlin bekannt war, Ebert gegen Angriffe Liebknechts in Schutz. Prolat sprach dann über die Vorgänge am 6. Januar und über den Belagerungszustand und forderte die Arbeiter zur Geschlossenheit auf. Er wünschte, daß die Unabhängigen in die Lage kommen möchten, eine Regierung zu bilden, damit sie in den Kommunen unter dem Druck der Verantwortung arbeiten könnten. Das Bürgertum könne nicht ausgeschaltet werden. Beide sozialistischen Parteien in der Berliner Stadtverwaltung seien heißer, daß die Bürgerlichen im Amt geblieben seien. In der Nationalversammlung sei das selbe Bild. Alle Parteien seien darüber einig, daß die beiden Schwerindustriellen, die Generaldirektoren Hugenberg und Höpfer, als die hervorragendsten Sachverständigen des Hauses für Wirtschaftstragen gelten, und in den Kommissionen möchte man ihre Mitarbeit unter keinen Umständen missen.“

Soweit die Schilderung der Vorgänge am 9. November in Betracht kommt, ist das Gehörte zweifellos sehr bemerkenswert; wichtiger erscheint uns jedoch das Bekenntnis, daß das Bürgertum nicht ausgeschaltet und dessen Mitarbeit nicht entbehrt werden könne. So ist es auch in der Tat. Die anderen Kreise haben bisher den größten Einfluß gehabt und auf Grund dieses Einflusses und durch ihre Betätigung den Gang der Geschäfte in Staat und Gemeinde bestimmt. Es ist ausgeschlossen, daß die Arbeiterschaft nun über Nacht alle diese Funktionen ausüben kann. Das Regieren ist nicht so leicht, wie manche sich das vorstellen. Wenn man allerdings heute viele Kritiker und Schwäger hört, dann sollte man glauben, zum „Bürgermeister spielen“ und regieren gehöre weiter nichts, als daß man sich eine Feder hinter das Ohr steckt. Die Praxis zeigt aber, daß das kritizieren leichter ist, wie das bessermachen und regieren. Besonders erfährt das jetzt die Sozialdemokratie, welche früher im Kritizieren sehr groß war.

Die Verheer der Jugend wieder am Werk.

Wenn man glaubt, daß gewisse Kreise aus den bedauerlichen Erscheinungen der letzten Zeit, welche uns die Folgen des moralischen Niederganges recht klar vor Augen geführt haben, etwas gelernt hätten, so irrt man sich gewaltig. Vor allen Dingen wäre doch notwendig, daß einträchtig an der innerlichen Erneuerung der Jugend gearbeitet und letztere von Verheerung ferngehalten würde.

Manche scheinen aber zu glauben, daß man auf dem umgekehrten Wege besser die Jugendbildung betreibt. Wird da z. B. in Bayern ein Flugblatt „An unser Jungvolk“ verbreitet, welches in eine Werbung für die sozialdemokratische Zeitschrift „Arbeiter-Jugend“ aus- klangt. U. a. enthält das Flugblatt folgende Sätze:

„Lehrer, Geistliche, Offiziere, Fabrikanten und ein Tross zweifelhafter „Jugendpfleger“ tun so, als läge ihnen euer Wohlergehen am Herzen. Nicht euer Glück, sondern euer Unglück haben diese Menschen (die reichen Leute) bisher gewollt. Jetzt, da eure Eltern alt und ihr arbeitsfähig seid, will man an euch Geld verdienen. Nun sollt auch ihr das Beste, was ihr habt, eure Jugend und eure Gesundheit, diesen Leuten opfern. Damit dies besser und williger von euch geschieht, haben sie einen Tross „Jugendpfleger“ gekauft und gemietet, die euch einullen und in Unterwürfigkeit erhalten sollen. Ansprüchelosigkeit, Unwissenheit und Knechtlichkeit sind die Dinge, die man euch gern einimpfen will, damit auch ihr euer Leben lang, ohne zu murren, für andere Reichthümer schaffen helft.“

Wenn man mit solchen Mitteln „Jugendpflege“ betreibt, braucht man sich über die Resultate, welche damit gezeitigt werden, nicht zu wundern.

Eine schöne Vertretung der Erwerbslosen.

Wir haben, was Viele vielleicht noch nicht wissen, auch eine Organisation der Erwerbslosen in Deutschland, mit einem „Reichserwerbslosen-Ausschuß“ an der Spitze. Dieser „Reichserwerbslosen-Ausschuß“ wird von Kommunisten beherrscht. Er hat eine Erklärung losgelassen, wonach die Organisation der Erwerbslosen es ablehnt, die Regierung in dem Kampfe um bessere Friedensbedingungen zu unterstützen. Wohl wird in der Erklärung die Regierung in den stärksten Ausdrücken geschmäht, aber es wird mit keinem Worte Widerspruch oder Protest gegen die Friedensbedingungen erhoben. Man sollte jedoch meinen, daß die Mitglieder des Reichserwerbslosen-Ausschusses (Herrfurth, Wendel usw.) alle Veranlassung hätten, für einen besseren Frieden einzutreten, denn die uns zugemuteten Bedingungen treffen gerade die Erwerbslosen auf das aller schwerste. Aber was kümmert das den kommunistischen „Reichserwerbslosen-Ausschuß“? Der „Vorwärts“ bemerkt zu dem skandalösen Verhalten dieser Leute u. a.:

„... Vielleicht betrachten es die Herrfurth und Genossen unter dem Gesichtswinkel eines erfreulichen Nachschwachses, wenn durch die Friedensbedingungen die Zahl der Arbeitslosen, die dann der Reichsarbeitslosen-Ausschuß vertreten kann, von zwei auf zwanzig Millionen wächst.“

Wahrung der Koalitionsfreiheit.

Auf den unerhörten Terrorismus in Bayern, unter dem besonders auch unsere Mitglieder zu leiden hatten, haben wir bereits mehrfach hingewiesen. Nimmehr hat das Gesamtstaatsministerium des Freistaates Bayern folgendes bekanntgegeben:

„Bei der Regierung laufen vielfach Klagen darüber ein, daß von einzelnen Gewerkschaften oder deren Mitgliedern und von Betriebsräten anders organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen gezwungen würden, einer

bestimmten Gewerkschaft beizutreten und daß im Weigerungsfalle diese Arbeiter und Arbeiterinnen aus- gesperrt oder sonst an ihrer Arbeit behindert würden. Solches Verhalten entspricht nicht den Grundsätzen des Freistaates, der jedem werktätigen Volksgenossen ein lückenloses soziales Recht und die Unabhängigkeit seiner Gewissensentscheidungen gewährleistet.“

Es sind deshalb alle Gewalt- und Zwangsmaß- nahmen gegen Andersorganisierte und Andersdenkende ungesetzlich und müssen auf das entschiedenste zurück- gewiesen werden. Maßnahmen dieser Art, die von Betriebsräten ausgehen, sind daher ebenfalls rechts- widrig und unwirksam.

Das Gesamtministerium des Freistaates Bayern: Hoffmann, Segitz, Endres, J. B.: Dr. Haller, Frauendorfer, J. B.: Gasteiger, Steiner, Schneppenhorst.“

Sozialdemokratischer Terrorismus.

Ueber Terrorismus aller Art berichtet die Tagespresse aus Mannheim:

In der Fabrik von Brown Boveri u. Co. hatten die freien Gewerkschaften unlängst die Angehörigen der christlichen und Kirch-Dunderischen Organisationen genötigt, die Arbeit einzustellen. Die Fabrik hatte jedoch die Leute nicht entlassen, sondern sie unter Fortzahlung des Lohnes bearbeitet. Durch Schieds- spruch wurde das Vorgehen der freien Gewerkschaften als unzulässig bezeichnet, worauf die Firma Brown Boveri erklärte, die Leute von Montag, den 19. Mai ab, wieder beschäftigen zu wollen. Die Regierung setzte die Organisationen davon in Kenntnis, daß, falls Behinderungen stattfinden sollten, weitere Schritte getan würden. Die radikal sozialistischen Arbeiter kümmerten sich jedoch weder um Regierung noch um ihre Gewerkschafts- beamteten. Sie erzwangen durch Stilllegung des Be- triebes die abermalige Entlassung der mißliebigen Arbeiter.

Sozialer Kurjus für evangelische Beamte der christlich-nationalen Arbeiterbewegung.

Wie in jedem Jahre, so veranstaltet auch jetzt wieder vom 10. bis 13. Juli die Evangelisch-soziale Schule e. B. in Bethel bei Bielefeld einen politischen Informationskurjus für die evangelischen Beamten der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Es werden die politische Lage, ferner die Sozialisierungsfragen und die Frage von Kirche und Schule behandelt. Parallel mit diesem sozial-politischen Kurjus läuft ein religiöser Kurjus. Zur Teilnahme an dem Kurjus sind alle Beruflich oder hauptamtlich in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung tätigen Beamten und Beamtinnen zu- gelassen. Meldungen sind zu richten an die Geschäfts- stelle der Evangelisch-sozialen Schule e. B., Bethel bei Bielefeld, von wo weitere Auskunft erteilt wird.

Aus unserer Industrie.

Zur Rentabilität der Textilindustrie.

Aus den zur Veröffentlichung kommenden Geschäfts- berichten der Aktien-Gesellschaften in der Textilindustrie für das Jahr 1918 ergeben sich nachstehende Geschäfts- ergebnisse, welche wir den vor einiger Zeit bereits ver- öffentlichten Ergebnissen noch hinzufügen:

Die Spinnerei Reuhof in Hof in Bayern verteilt 9 Proz. Dividende und trägt aus dem Gewinn- überschuß 207515,— M. auf das neue Rechnungsjahr über. Reserve- und Dispositionsfonds enthalten 622 000,— Mark. Das Aktienkapital beträgt 1 500 000,— M.

Die Baumwollspinnerei und Weberei Arlen (Baden) erzielte bei einem Aktienkapital von 2 931 000,— Mark einen Reingewinn von 117268,06 M. einschließlich Vortrag aus dem Vorjahr.

Die Bielefelder A.-G. für Mechanische Weberei erzielte bei einem Aktienkapital von 2 400 000,— Mark einen Reingewinn von 552 324,12 M. und verteilt eine Dividende von 16 1/2 Proz.

Ein glänzendes Geschäft hat die Zwirnerei und Nähfabrik Göggingen in Bayern gemacht. Das Aktienkapital der Firma beträgt 2 250 000,— M. Der erzielte Reingewinn pro 1918 einschließlich eines Gewinnvortrages aus dem Jahre 1917 beträgt 2 014 232,82 M. Der zur Verteilung gelangende Gewinn ist also beinahe so groß, wie das ganze Aktienkapital. Reservekonto, Spezialreserve, Dividendenreserve und Erneuerungsfonds betragen 3 347 836,12 M.

Die Mech. Trikotweberei Mattes u. Luz A.-G. in Bessigheim (Württemberg) erzielte bei einem Aktienkapital von 1 500 000,— M. einen Reinüberschuß von 151 946,— M. Auf die Aktie werden 60 M. Dividende bezahlt.

Die Ravensberger Spinnerei (Stammfih in Bielefeld) mit Niederlassungen in Ummeln und Wolfenbüttel erzielte bei einem Aktienkapital von 4 200 000,— M. einen Reingewinn von 574 000,— M. und verteilt eine Dividende von 8 Proz.

Die Baumwollspinnerei Cronau zahlt eine Dividende von 6 Proz. und auf neue Rechnung werden 218 405,68 M. vorgetragen. Die Firma hat auf ihre Werke bisher außerordentlich hohe Abschreibungen vor- genommen.

Mechanische Weberei am Fichtelbach in Augsburg verteilt 8 Proz. Dividende.

Die Mech. Baumwollspinnerei und Weberei in Rempten erzielte einen Reingewinn von 499 978,90 Mark und verteilt 11 Proz. Dividende.

Die Mech. Baumwollspinnerei und Weberei in Bamberg mit einem Aktienkapital von 4 820 000,— Mark erzielte einen Reingewinn von 485 154,86 M. und schüttet daraus eine Dividende von 8 Proz.

Die Baumwollspinnerei Zwida u kann 15 Proz. Dividende aus einem Reingewinn von 213 297,11 M. verteilen. Das Aktienkapital beträgt 1 250 000,— M. Reservefonds I und II betragen 405 000,— M.

Die Württ. Baumwollspinnerei und Weberei bei Göttingen a. N. erzielte einen Überschuß einschließ- lich eines Vortrages aus 1917 von 552 674,01 M. Das

Vom Geiste der Zersetzung und vom Geiste des Wiederaufbaues.

Von Antonie Ditt.

(Schluß.)

Ohne dies geht es nicht. Wir kommen wieder auf das Alte, oft Mißachtete und oft Vergessene hinaus, auf Grundzüge, die wir alle einmal aus dem Katechismus gelernt haben. Wir müssen uns wieder gewöhnen, wir allzumal, haben und drüben, im andern Menschen, in jedem, den Nächsten, den Bruder zu sehen. Wir müssen wieder lernen, die äußere Form, welche dem Menschen von den sozialen Verhält- nissen aufgeprägt wird, von ihm abzustreifen und ihn nur zu werten nach seinem innern Wert, den ihm die eine hohe, unsterbliche, ablige Seele gibt, und diese ist bei allen gleich, von Natur aus, bei dem Fabrikbesitzer wie bei der Paderin. Solche Gleichheit erst kann die wahre Brüderlichkeit entwickeln. Alle andere Brüderlich- keit wird doch letzten Endes zu einer Art der feindslichen Brüder, weil sie nicht alle umfaßt, weil sie Haß und Zwietracht zu heller Flamme schürt; Haß und Zwietracht aber sind gerade die zersetzenden, vernichtenden Elemente. Aufbauen, freudig bejahen, das kann allein die Liebe, jene Liebe, die sich anstrengt gleich einer brennenden Fackel, die keine Gefahr fürchtet. Und eine solche, allein wahre Liebe liegt nur im Christentum verankert. Das Christentum, ich meine das echte **Lebendige Christentum**, das lebenspendende und lebensschaffende Christentum, ist die Religion der Liebe. Sein Stifter, Jesus Christus, ist die Verkörperung aller selbstlosen Liebe, das wird sogar von seinen Gegnern anerkannt. Er hat gesagt: „Das ist mein Gebot, daß ihr euch untereinander liebet.“ Und ein an- deres Mal: „Daran wird die Welt erkennen, daß ihr meine Jünger seid, daß ihr euch untereinander liebet.“ Noch lebt keine Liebe fort voll feuriger Kraft in den Heidenjungen, die alles hingeben, um die Kranken zu pflegen oder den im justern Heidentum Schmachenden das Licht des Glaubens zu bringen; noch lebt sie fort in dem Herzen mancher guten Mutter und mancher einsamen erwerbstätigen Frau, fern von der Menge und jenseit gelangt. Aber es sind zu wenige. Nach den Jahren des Selbstes und der Selbstsucht brauchen wir versiehende und selbstlose Liebe so notwendig wie das tägliche Brot. Also Rückkehr zur Selbstlosigkeit, zum Mißfallen, zur Liebe, Rückkehr auch hier zum Christentum.

Und dann noch ein Drittes: Das neue Leben kann sich nicht entfalten, ohne daß wir wieder **Vertrauen** zu einander haben. Da gilt es, viel gut zu machen

und wieder zu lernen. Unser gegenseitiges Vertrauen ist erkrankt, gestorben fast, an der Profitgier, an der Geldgier, an der Unverantwortlichkeit des Einzelnen. Es muß gesund und wieder neu belebt werden durch das Verantwortlichkeitsbewußtsein, nicht nur den verbrieften und besiegelten, sondern vor allem auch den ewigen, unveränderlichen Gesetzen unserer feinsten per- sönlichen Ehre gegenüber, das nicht alle persönliche Un- schuldigungsgründen zu hemänteln sucht. Von alters her im deutschen Volke war der höchste Ruhm, „getreu und wahr zu sein“. Es ist nicht bloß Ruhm für uns, mehr: es ist Lebensnotwendigkeit. Es ist aber nicht er- wiehen vom Geiste des Sozialismus, daß er uns solche Ehrenhaftigkeit geben kann, wohl aber vom Geiste des Christentums. Das Christentum lehrt uns, daß unser überweltlicher Schöpfer alles sieht und alles weiß, daß er uns Böse haßt und bestraft und das Gute liebt und belohnt; daß er heilig und gerecht ist. Diese Erkennt- nis muß uns zum Erlebnis werden, indem sie lebhaft unser ganzes Leben durchdringt und unser kleinste Tun bestimmt. Wiederum das Christentum muß unser Vertrauen neu beleben.

Und dann endlich! Wir bedürfen der Freiheit. Ach, die haben wir ja, denken Sie, wir sind doch erst jetzt ein freies Volk geworden. Wir haben ja die Wahl- freiheit, Pressefreiheit, Redefreiheit, Ver- sammlungs- und Versammlungsfreiheit und wie die Freiheiten alle heißen mügen. Es kommt, „Freiheit“ steht in flammanden Lettern auf der Fahne, die uns jetzt vorangetragen wird, und hinter dieser Fahne geht die Unfreiheit her. Und die Freiheit macht uns bald, wir sind auf dem besten Wege, zu gänzlich Unfreien. Es gibt Gejeze, die sich nun einmal nicht aufheben lassen, ohne uns dem Ver- berben preiszugeben. Das sind die Gejeze Gottes und des Bewußtens. Wohin wir ohne sie kommen, das jahren wir letztlich in Berlin, Düsseldorf und anderen Städten. Freisein heißt nicht, keinem Gejeze mehr gehorchen müssen, sondern auch ohne äußern Zwang den Gesetzen der Augen- lust, der Fleischlust, der Hoffart nicht dienen, ihnen den Kampf anjagen bis ans Blut. Nur solche Menschen sind **Personlichkeiten**, und **Personlichkeiten** fehlen uns, wenn es wahr ist, daß ein Volk nicht soviel gilt, als es Köpfe zählt, sondern als es **Personlichkeiten** besitzt, und daß es wahr ist, beweist u. a. die jüngste Geschichte Rußlands. Nicht das Unchristentum bildet solche innerlich und wahr- haft freie Persönlichkeiten (denn es treibt auch die Ge- waltstäterverweigerung auf diesem Gebiete; das Sich- ausleben, d. h. das schrankenlose Casualien aller tierischen

Trieb), sondern nur das Christentum. Darin eben unter- scheidet sich das Christentum vom Unchristentum, daß es dem Menschen ein sittliches Rückgrat gibt und ihn stärkt, während jenes allen Halt nimmt. Nur das Christentum ist die Religion der Freiheit.

Fassen wir die letzten Gedanken kurz zusammen: Wir brauchen eine unermüdbare Arbeitskraft und -lust für die Zukunft. Wir brauchen reine Freude. Wir brauchen ungebrochenen Opfermut. Wir brauchen unbestechliche Ehrenhaftigkeit. Wir brauchen wahre Freiheit — wahre Gleichheit; wahre Brüderlichkeit. Und solche Arbeitslust, Freudefähigkeit, Opfermut, Ehrenhaftigkeit, Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit kommt uns nur vom Christentum; ich betone noch einmal, nicht vom Scheinchristentum, das Christi Religion in Verfall bringt. Neu belebung des Christentums, eine geistige, sittlich-religiöse Wiedergeburt: das ist also die Lebensnotwendigkeit, die größte Zukunftsaufgabe, das feste Fundament für die Wiederaufrichtung eines festen Staatsgebäudes. Und jeder muß mithelfen an dieser Grundsteinlegung, jeder muß seinen Stein in das Fundament einfügen, indem er in seinem Leben das werktätige lebendige Christen- tum erneuert, indem er in seinem Wirkungskreis, im Hause, in der Fabrik, in der Werkstube eintritt durch Wort und Tat für die Ideen der Wahrheit, Gerechtigkeit, der Stärke und der Liebe.

Palmsonntag ist vorüber. Ein Jubelhymnus klang durch das Evangelium und dann eine wehe Klage. Jesus sah beim Einzug in Jerusalem die Stadt vor sich liegen in all ihrer Pracht und Herrlichkeit, im Glanze des Sonnengoldes. Da schaut das Auge seiner Gottheit ein anderes Bild: Die Mauern zerfallen, die Straßen öde, die Kinder der stolzen Stadt als Sklaven in fernem Landen. Und Jesus weint — welch tieferegreifendes Bild. Und dann klagt er: „Jerusalem, Jerusalem, wenn du es doch erkannt hättest, und zwar noch an diesem deinem Tage, was dir zum Frieden dient. Nun aber ist es vor deinen Augen verborgen.“

Ueber vergangene Jahrhunderte tönen die Worte jetzt wieder uns entgegen: Die stolze Burg unseres Vater- landes ist gefallen. Hunderttausende sind schußlos und arm im fremden Land, die andern leiden Hunger und bekämpfen einander, und vernichten, was der Feind uns noch gelassen hat. Wie kam es? Christus ist uns zum Fall geworden.

Was soll man werden? Deutsches Volk! Handle! Wahres Christentum allein kann, muß und wird uns der Auferstehung entgegenführen.

Aktienkapital beträgt 2 304 000,— M., die Rücklagen haben die Höhe von rund 650 000,— M. erreicht.

Die Baumwollspinnerei und Weberei F. S. Hammerstein (Sitz Dänabrück) mit Zweigniederlassungen in Rheine und Bocholt erzielte einen Ueberschuß von 1 963 200,40 M. Das Aktienkapital einschließlich Hypothekendarlehen beträgt 5 657 554,10 M. An Rücklagen weist die Gesellschaft 1 243 651 M. auf. Die Gesellschaft verteilt 8 und 4 Proz. Dividende.

Die Sächsische Kammgarnspinnerei zu Hartau mit einem Kapital von 2 600 000,— M. erzielte einen Reingewinn von 478 523,94 M. und verteilt 12 Proz. Dividende. Die Rücklagen betragen 734 258,05 M., darunter eine Rücklage für Umstellung auf Friedenswirtschaft von 374 258,05 M.

Die Kammgarnspinnerei Merano i. S. erzielte bei einem Aktienkapital von 1 575 000,— M. einen Reingewinn von 503 291,31 M. und verteilt 12 und 11 Proz. Dividende.

Die Schedewitzer Kammgarnspinnerei A.-G. in Schedewitz verteilt 35 Proz. Dividende. Das Aktienkapital der Firma beträgt einschließlich einer Anleihe 3 674 000,— M. Der Reingewinn beträgt 1 204 307,95 M. Die Firma hat Rücklagen in Höhe von 1 682 000,— M., darunter eine Erneuerungsrücklage von 700 000,— M.

Die Lugaueer Kammgarnspinnerei vorm. F. Frey A.-G. in Lugaue (Erzgeb.) verteilt 8 Proz. Dividende. Das Aktienkapital beläuft sich auf 1 000 000,— M. An Reingewinn wurden 279 873,13 M. erzielt. Die Firma hat vorzüglich abgeschrieben und eine erhebliche Rücklage. Dieselben belaufen sich einschließlich eines Erneuerungsfonds und einer sogenannten stillen Reserve auf 1 610 000,— M. Elektrische Beleuchtung, Dampfheizungs- und Luftbefeuchtungsanlage, Utensilien, Pferde und Wagen und elektrische Kraftanlage stehen mit je 1,— M. zu Buche.

Die Kammgarnspinnerei Wernshausen verteilt 12 Proz. Dividende. Das Aktienkapital beträgt einschließlich einer Anleihe 2 139 000,— M. Der Reingewinn pro 1918 beziffert sich auf 550 664,55 M.

Die Zwifauer Kammgarnspinnerei in Zwifkau i. S. verteilt 25 Proz. Dividende. Das Aktienkapital beträgt 1 800 000,— M., der Reingewinn 492 503,85 M. Rücklagen besitzt die Firma 1 170 000,— M., darunter eine Rücklage für die Uebergangswirtschaft von 550 000,— M.

Die Kammgarnspinnerei Schaefer u. Cie. in Hartau (Sachsen) verteilt eine Dividende von 6 Proz.

Die A.-G. für Bleicherei, Färberei, Appretur und Druckerei in Augsburg verteilt 12 Proz. Dividende. Das Aktienkapital beträgt zwei Millionen Mark, der Reingewinn nach Abzug einer Amortisation von 574 874,05 M. beträgt 430 026,72 M.

Die Mech. Seilerwarenfabrik Bamberg erzielte einen Reingewinn von 358 525,42 M. bei einem Aktienkapital von 2 000 000,— M. und verteilt eine Dividende von 15 Proz. Die Firma hat Reserven im Betrage von insgesamt 1 004 607,15 M. zurückgestellt.

Keine Eröffnung der Bremer Baumwollbörse.

Alle Nachrichten über die beabsichtigte Eröffnung der Bremer Baumwollbörse sind unwichtig, und zwar schon aus dem Grunde, weil ein Handel, solange die Blockade besteht, in Baumwolle gar nicht möglich ist.

Die Einführung der 48 stündigen Arbeitszeit in der Schweizerischen Baumwollindustrie soll längstens Mitte Juni eintreten.

Die diesjährige Seidenernte.

Die ersten Berichte, welche über den Stand der diesjährigen Weltseidenernte melden, sind noch sehr spärlich. Aus Frankreich meldet man, daß die bisherigen Ergebnisse nicht günstig seien, doch läßt sich ein Rückschluß auf das Gesamtergebnis der französischen Ernte hieraus nicht ziehen. Gemeldet wird, daß die amerikanischen Seidenfabrikanten bereits große Schlüsse in Frankreich getätigt hätten, ebenso, daß sie die erste chinesische Seidenernte in der Hauptsache aufgekauft hätten. Nach den Berichten aus Canton wird die dortige erste diesjährige Ernte auf ungefähr 5000 Ballen geschätzt. In Bezug auf die japanische Seidenernte liegen irgendwelche bemerkenswerten Nachrichten bis jetzt nicht vor, doch ist zu berichten, daß auch in Japan die amerikanischen Seideneinkäufer außerordentlich tätig sind.

Die Lage des deutschen Webstoffgewerbes

zeigt eine Besserung, wenigstens für einzelne Zweige. Die Spinnereien für Kunstwolle und Wigogne sind sehr rege beschäftigt, ebenso verfügen die Herrenstoff-Fabriken über größere Aufträge. Lebhafter ist das Geschäft wiederum in der Seidenweberei geworden. Was die Zute- und Leinenindustrie anbelangt, so hat sich die Lage kaum geändert.

Aus unserer Bewegung.

Der Gesinnungszwang in unserem „Freiheitszeitalter“

wird noch immer von den „angeblichen Trägern des wahren Sozialismus und der wirklichen Freiheit“ aus-

geübt. Wir kommen immer noch nicht zur Ruhe, wenn es auch anscheinend etwas besser geworden ist. In Bayern wurde, besonders nach Ausrufung der Räterepublik, der Terror in der allerheuschrecklichsten Weise gegen unsere Mitglieder ausgeübt. Ueber die Vorgänge in Augsburg haben wir feinerzeit schon berichtet. Wenn wir damals schon darauf hingewiesen haben, daß die Verbandsleitung des Deutschen Textilarbeiterverbandes in Augsburg als mitschuldig an diesen Vorgängen bezeichnet werden müßte, so bestätigt sich das immer mehr. Kürzlich wurde in Augsburg ein Heftflugblatt gegen unseren Verband herausgegeben (unterzeichnet „Deutscher Textilarbeiterverband, Filiale Augsburg und Umg. Verbandshaus der Textilarbeiter Nr. 280.83“), in welchem die Textilarbeiter, unter Ausfällen gegen unseren Verband, zur Schaffung einer Einheitsorganisation im Deutschen Textilarbeiterverband aufgefordert wurden. Bei Niederschrift dieser Zeilen befinden sich noch fast 100 Mitglieder unseres Verbandes, welche sich dem roten Terror nicht fügten und ihrer Gesinnung durch den Uebertritt in den Deutschen Verband keine Gewalt antun wollten, auf der Straße und sind von ihren eigenen Arbeitsgenossen gemißregelt. Sie werden von unserem Verband unterstützt. Wir können den roten Herrschaften schon sagen, daß sie auf Granit beißen werden. Man wird uns nicht klein kriegen. Wir werden uns zu wehren wissen. Es wird die Zeit kommen, wo der einsichtiger Teil der Arbeiterschaft sich voll Absehen von der den Terrorismus und die Gewalt predigenden Gesellschaft abwenden wird.

Auch in anderen Orten Bayerns sind unsere Mitglieder stark drangsaliiert worden. In Wittislingen war vor kurzem eine Ortsgruppe unseres Verbandes gegründet worden. Die jungen Mitglieder waren noch nicht Sturmervorhut und fielen dem Terror anheim. Die mutige Kollegin, welche die Führerin der jungen Gruppe war, schrieb uns einen Brief, der in seiner natürlichen Schlichtheit ein moralisches Peitschenhieb für die sozialistischen „Freiheitssträger“ ist. Der Brief lautet:

„Am gerührt, sämtliches Material dem Zentralverband zurückzugeben, da meine Mitglieder sämtlich zur sozialistischen Organisation übergetreten sind; sie wurden eben gerührt, ließen keine von uns arbeiten. Ich bin heute noch arbeitslos, weil ich mich weigerte, zu ihnen überzutreten. Mühe auch in Erwägung bringen, ob das Geld vom 1. Quartal in ihre Hände gelangt ist; habe es Herrn Geier nach Augsburg geschickt, da er mir schrieb, wir sollten bis 1. April die Rechnung abschließen, da er bis 10. April nach Dillingen muß und somit es dann bis zum 6. April in seinen Händen ist. Habe ihn auch schon um Rat gefragt, was da zu tun ist, ob sie uns wirklich auf die Straße stellen dürfen; aber noch keine Antwort erhalten, weiß also nicht, was zu machen ist. Mit febl. Gruß Ratze Schabel.“

In Rottern hat es ähnlich gegangen, wie in Augsburg und Wittislingen. Unsere Mitglieder wurden dort drangsaliiert bis auf's Blut. Der Direktor des Betriebes hat durch sein Verhalten — wenn vielleicht auch ungewollt — dem Terrorismus Vorhub geleistet. Im übrigen waren die Ausschlußmitglieder Lang (Meister), Lumann und Gabriel die Haupthelden in dem Bergewaltigungs-drama.

In Kempten sollte es auch so wie in Rottern gemacht werden. Hier wurde aber den Roten das Spiel von unseren Mitgliedern etwas schwerer gemacht, und der Direktor, Herr Kommerzienrat Dinell, nahm hier einen ganz anderen Standpunkt ein, wie der Direktor in Rottern, Herr Kremser.

Es wären noch viele Orte zu nennen, wo die Mitglieder des Deutschen Textilarbeiterverbandes durch Gewaltakte unsere Mitglieder zum Uebertritt zu zwingen suchten. Wo unsere Mitglieder zu stark waren, wurde zu dem Mittel niederträchtiger Verleumdung gegriffen.

Inzwischen ist die „Mäterepublik“ in Bayern gestürzt worden und hat wieder etwas Ernüchterung Platz gegriffen. Die Regierung verurteilt ganz entschieden jede Zwangsmassnahme gegen Andersdenkende und hat bereits angekündigt, daß sie evtl. zu schärferen Maßnahmen greifen werde. — Auch in der Nationalversammlung in Weimar hat man sich vor kurzem mit der Bergewaltigung der Freiheit auf dem Gebiete des Koalitionsrechtes befaßt. Von der Regierung wurde folgende Erklärung abgegeben:

„Die Regierung steht auf dem Boden der Koalitionsfreiheit und verurteilt jede Beeinträchtigung, von welcher Seite sie auch ausgehen möge. Bei der bevorstehenden Neuordnung des Arbeiterrechts sind besondere gesetzliche Bestimmungen zum Schutze des Koalitionsrechtes vorgesehen. Tarifverträge, in denen vereinbart wäre, daß nur Angehörige einer bestimmten Gewerkschaft oder Gewerkschaftsrichtung eingestellt werden dürften, würden vom Reichsarbeitsministerium nicht für allgemein verbindlich erklärt werden können.“

Es ist wirklich an der Zeit, daß dieser Gewissenszwang aufhört. Eine Arbeiterschaft, welche mit den Mitteln brutaler Gewalt gegen Andersdenkende vorgeht, kann sich nicht darüber beklagen, wenn alle diejenigen, welche noch auf wirkliche Freiheit und Demokratie etwas halten, ihr mit Verachtung begegnen und eine solche Handlungsweise als Ausfluß moralischen Tiefstandes und maßloser Verhegung empfinden. Was ist doch aus der vielgepriesenen Freiheit inzwischen ein häßliches Zerrbild geworden. — Traurig, aber wahr!

Wählt höhere Beitragsklassen.

Wir alle empfinden es Tag für Tag, in eigenen Haushalt und am eigenen Leibe, wie ungemein teuer alles geworden ist und das Geld wenig Wert mehr hat. Mit einigen Groschen kann man heute wenig mehr anfangen.

Daselbe gilt aber auch für den Verband, dessen Ausgaben sich entsprechend der Teuerung erhöhen. Zählen

wir der Reihe nach kurz auf: für Papier, Schreibmaterial, Verbandsorgan, Inzerate, Flugblätter, Druckschriften, Verbandsmaterial (Mitgliedskarten, -bücher und dergl.), Reisen, Speisen usw. sind die Kosten ganz gewaltig gestiegen.

Unsere heutige Zeit hält mehr vom „nehmen“, als vom „geben“. So halten es auch viele Mitglieder dem Verband gegenüber. Allerdings ist das nicht nur wenig kollegial, sondern auch höchst kurzfristig, denn der Verband ist die Berufs- und Interessenvertretung der Mitglieder. Tut man dem Verband zu kurz, schädigt man sich selbst. — In Anbetracht der heutigen Teuerung und Geldentwertung sollten die Mitglieder besonders darauf bedacht sein, den Verband finanziell zu stärken. Besonders möchten wir den Auserwählten: Mitglieder, wähl freiwillig höhere Beitragsklassen! Es macht für den einzelnen fast nichts aus, ob er wöchentlich 10 Pf. mehr zahlt, für den Verband aber machen viel weniger ein viel. Darum freiwillig in eine höhere Beitragsklasse!

Sobann sollte auch besonders darauf geachtet werden, daß keine Unterbrechung in der Beitragszahlung eintritt. Wenn Arbeitslosigkeit vorhanden ist und staatliche Erwerbslosenunterstützung gewährt wird, sollte auch der Verbandsbeitrag gezahlt werden. Unsere Ortsgruppenleitungen müssen auf diese Dinge ein stetes Augenmerk haben und auch dafür sorgen, daß der Beitrag regelmäßig wöchentlich abgeholt wird. Daneben sollte dann vor allen Dingen für Propaganda gemacht werden, daß freiwillig höhere Beitragsklassen gewählt werden.

Seid pflichttreue christliche Gewerkschaftler.

Noch nicht allen Mitgliedern unseres Verbandes sind die Pflichten bekannt, die sie bei Eingetragensein des Organisationsverhältnisses auf sich nehmen. Wenn geglaubt wird, die Hauptsache sei das Zahlen der Beiträge, das andere mache der Verband, so ist diese Auffassung durchaus irrig. Es kommt dem Verband nicht so sehr darauf an, ob er ein Mitglied mehr oder weniger hat, sondern vor allen Dingen kommt es darauf an, welcher Geist die Mitglieder befeuert. Was muß denn mit Zug und Recht von einem christlichen Gewerkschaftler verlangt werden? Vor allen Dingen muß der christliche Gewerkschaftler tätigen Anteil nehmen am gewerkschaftlichen Leben. Dazu gehört eifriges Studium der Verbandszeitung und rege Beteiligung an den Versammlungen. Wie vielfach hört man nicht gerade jetzt, wo die Natur in so verschwenderischer Pracht sich uns bietet, Klagen über mangelhaften Versammlungsbefuch. Ein großer Teil der Mitglieder hat eben noch nicht begriffen, daß die Mitglieder des Verbandes sind, und daß der Verband das ist, was die Mitglieder aus ihm machen. Das ist tief bedauerlich. Braucht doch gerade in der jetzigen Zeit unsere Bewegung biedere, charakterfeste Gewerkschaftler, Mitglieder mit einer Ueberzeugung, denen eine Mitgliederversammlung für ein wenig Sport und Herumläufen nicht feil ist. Dann muß der überzeugte Gewerkschaftler auch stets bereit sein, mitzuhelfen, wenn es gilt, den Verband vorwärts zu bringen, sei es durch Agitation oder sonstige Veranstaltungen. Ja, der tüchtige Gewerkschaftler muß die Gelegenheit, den Verband zu fördern, aufsuchen. Ein besonders wichtiges Kapitel für jeden organisierten Arbeiter ist das der Führung einer ständigen Lohnstatistik. Immer muß er in der Lage sein, genaue Angaben über sein Durchschnittsverdienst zu machen. Dadurch wird erreicht, daß bei Verhandlungen nicht erst das zeitraubende Sammeln von Material vorgenommen werden muß. In vielen Fällen ist es dann gar nicht zu beschaffen, oder nur in ganz ungenügendem Maße. Den Schaden haben dann selbstverständlich die Arbeiter, weil die Bewegung so nicht mit dem nötigen Nachdruck geführt werden kann. Aus alledem ist ersichtlich, daß ein „bloß Beitrags leistendes Mitglied“ noch lange nicht Gewerkschaftler ist, daß vielmehr Gewerkschaftler nur der ist, wer regen tätigen Anteil am gewerkschaftlichen Leben nimmt. Pflicht aller vorwärtsstrebenden Mitglieder muß es sein, unentwegt an der Erziehung, besonders der neugewonnenen Mitglieder zu arbeiten. Die Mühe bringt reichen Lohn.

Bezirk Schlesien.

Für die Bezirksgruppe Reichenbach des Verbandes Schlesischer Textilarbeiter ist ein Tarifvertrag abgeschlossen, dem wir folgende Bestimmungen entnehmen:

Arbeitsvertrag für die Textilarbeiter der Betriebe in: Gnadenfrei, Ruzensdorf Nr. Neurode, Langenbielan, Neurode, Peterswaldau Reichenbach, Schweidnitz, Lantzhayen, Weigelshaus, Rüstegiersdorf, Westwaltersdorf, (Ortsklasse I). Börsen, Sellenau, Hussing Nr. Strecken, Mittelsteine, Reinerz, Neugersdorf, Stenungendorf, Ullersdorf, Waldig Nr. Neurode, (Ortsklasse I). Börsen, Hausdorf Nr. Waldenburg, Mittelwalde, Schönfeld, Ewerbene, (Ortsklasse II). Zwischen den unterzeichneten Organisationen ist folgende mit rechtsverbindlicher Wirkung für sie selbst und für ihre Mitglieder vereinbart worden:

Arbeitslohn. Die nachstehenden Lohnsätze gelten nur für vollwertige Arbeiter. Als vollwertige Arbeiter (Vollarbeiter) gelten nicht die Arbeiter mit bedeutend vermindelter Arbeitsfähigkeit oder mit einer hinter dem normalen Maß weit zurückbleibenden Arbeitsleistung. Bei der Feststellung darüber, wer nicht als Vollarbeiter anzuzählen ist, muß im Zweifelsfalle der Arbeiterauschuß hinzugezogen werden, der sich der Unterstützung der Arbeiterorganisationen bedienen kann. Bei Akkorarbeit sind für Arbeiter und Arbeiterinnen für gleiche Arbeit gleiche Akkordsätze festzusetzen. Bei der Berechnung der einzelnen Akkordsätze wird wie folgt verfahren:

Es wird der DurchschnittsStundenverdienst einer jeden Akkordarbeitergruppe der in vier aufeinander folgenden Wochen tatsächlich erzielt ist, festgestellt. Bleibt dieser DurchschnittsStundenverdienst hinter den von 1—4 festgesetzten Beträgen zurück, so müssen unzureichende Akkordsätze berichtigt werden. Bei der Berechnung des Durchschnittsverdienstes dürfen nur die tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden zugrunde

gelegt werden; die nicht Kollarbeiter sind im Benehmen mit dem Arbeiterausschuß auszuscheiden, es dürfen jedoch nicht mehr als 10% aus der betreffenden Arbeitergruppe ausgeschieden werden.

Lohnsätze.

I. Spinnerei.

Table with columns for job titles (e.g., Streckerrinnen, Grobflüherinnen) and three columns of wages (I, II, III). Includes sub-sections for Baumwollspinnerei and Wolllspinnerei.

Diese Löhne gelten auch für Papier- und Mischgarnspinnerei.

b) Wolllspinnerei:

Es werden zur Zeit Zeitlohnsätze nach IV. gezahlt.

c) Reinenispinnerei:

Die Löhne werden nach einem Spezialtarif gezahlt.

II. Weberei:

Table with columns for job titles (e.g., Weber, Andreefer, Spüler) and three columns of wages (I, II, III). Includes sub-sections for Stundenlohn and Zeitlohn.

III. Beredlung:

Soweit Zeitlöhne gezahlt werden, gelten für Erwachsene über 20 Jahre folgende Stundenlöhne:

Table with columns for job titles (e.g., Hilfsarbeiter, Facharbeiter) and wages for men and women.

Arbeiter und Arbeiterinnen unter 20 Jahren werden nach Ziffer 1 entlohnt.

Verarbeiter erhalten 10-20% höhere Löhne als die Facharbeiter. Rattendrucker erhalten 55-80 M. wöchentlich.

IV. Sonstige Arbeiter:

1. Es werden folgende Zeitlöhne für die Arbeitsstunde festgesetzt:

Table with columns for age groups (e.g., 14-16 Jahre) and wages for men and women.

2. Streckerrinnen, Reinigungsfrauen, Restflüherinnen, Restträgerinnen sind die jüngsten Gruppen der bisher geringst gelohnten männlichen und weiblichen Arbeiter erhalten für die Stunde 15 Pf. weniger als unter Ziffer 1a angegeben.

3. Zeitlöhne für Handwerker:

Table with columns for job titles (e.g., Dreher, Schleifer) and three columns of wages (I, II, III).

Table with columns for job titles (e.g., Behrlinge, Fahrflurfahrer) and wages.

Besondere Bestimmungen:

1. Alle bisher als Familien- oder Leuerungszulagen, Weihnachtsgeldente, Fahrtauslagen usw. gezahlten Zulagen sind in den neuen Lohnsätzen einbezogen, werden also künftig nicht weiter bezahlt. Freie Wohnung, Heizung und Beleuchtung werden nicht gewährt.

2. Bereits bestehende höhere Löhne werden nicht gekürzt. 3. Bei Neueinstellung von Zeitlohnarbeitern, die aus einem fremden Betriebe kommen, darf der Mindestlohn in den ersten vier Wochen 10 Pf. für die Stunde weniger betragen als unter Ziffer 1 angegeben.

4. Für anzulernende Arbeiter und Arbeiterinnen bedarf es besonderer Vereinbarung über den zu zahlenden Lohn.

5. Die Zeitlohnsätze werden nur für die tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden bezahlt.

6. Bei Instandsetzung der Maschinen, bei Warten auf Material und sonstigen Arbeitsunterbrechungen, die nicht als Erwerbslosigkeit im Sinne der Erwerbslosenfürsorge gelten, und deren Ursache nicht in der Person des Arbeiters liegt, wird für die Ausfallzeit Entschädigung gezahlt, sofern die Unterbrechung dem zuständigen Betriebsbeamten sofort gemeldet wird.

7. Die Entschädigung richtet sich nach dem Durchschnittslohn des einzelnen Arbeiters aus den letzten vier Wochen.

8. Für Arbeitsunterbrechungen, die im Einzelfalle weniger als eine Stunde dauern, wird eine Entschädigung nicht gezahlt, es sei denn, daß durch Häufung solcher Unterbrechungen in einer Woche eine besondere Härte für den Arbeiter entsteht.

9. Für Ueberstunden wird 25% Zuschlag, für Nachtstunden von 8 Uhr abends bis 5 Uhr früh und für Sonntagsarbeit wird 50% Zuschlag gezahlt.

10. Für regelmäßige Nachtschichten oder Doppelschichten ist eine besondere Vereinbarung zu treffen.

11. Arbeiter, die länger als zwei Wochen mit Arbeiten außerhalb ihrer eigentlichen Tätigkeit beschäftigt werden, erhalten diejenige Lohnsätze, welche für die betreffende Erstarbeit gezahlt werden.

12. Stuhlmeister erhalten in gleichem Maße die Löhne der Stuhlmeisterei.

13. Die Betreffenden sind in ihre alten Stellungen zurückzuberufen, ehe Neueinstellungen erfolgen.

14. Bleibt der Verdienst des einzelnen Affordarbeiters infolge schlechten Materials oder aus sonstigen nicht in seiner Person liegenden Gründen um mehr als 10% hinter dem Durchschnittsverdienst aus den letzten 4 Wochen zurück, so steht ihm eine entsprechende Entschädigung bis zur Höhe seines Durchschnittsverdienstes zu. Die Frage, worauf der Mindestverdienst zurückzuführen ist, ist nötigenfalls unter Mitwirkung des Arbeitsausschusses zu entscheiden.

15. Ist hierbei eine Verkündung nicht zu erzielen, so ist die Ursache des Mindestverdienstes in der Weise festzustellen, daß ein anderer geeigneter Facharbeiter die Arbeit des betreffenden Affordarbeiters während eines Tages ausführt; nach dessen Arbeitsergebnis wird die Ursache des Mindestverdienstes beurteilt und der Lohn entsprechend festgesetzt.

16. Wenn ein Affordarbeiter sonst übliche Affordarbeit vorübergehend in Zeitlohn verrichtet, darf sein Verdienst nicht unter den sonst von ihm durchschnittlich in Afford erzielten Verdienst sinken.

Herborzulegen sind von den Allgemeinen Bestimmungen noch folgende:

Das Einziehen der Verbandsbeiträge im Betriebe ist gestattet.

Für die Auslegung und Durchführung dieses Vertrages sowie die Schlichtung drohender oder bereits ausgebrochener Streitigkeiten ist der Schlichtungsausschuß des Bezirks ausschließend zuständig.

Während der Gültigkeit dieses Vertrages sind Ausperrungen, Boykott und wirtschaftliche Streiks ausgeschlossen. Besonders schwere und die Gesundheit schädigende Arbeiten sollen nach Möglichkeit nicht an Arbeiterinnen oder Jugendliche übertragen werden.

Dieser Vertrag wird auf unbestimmte Zeit geschlossen und kann mit einer Frist von 4 Wochen gekündigt werden. Reichenbach (Süd), den 3. Mai 1919. (Unterschriften).

Berichte aus den Ortsgruppen.

Sozialkirch. Arbeitsgemeinschaft und Tarifverträge waren die Hauptbesprechungsgegenstände einer allgemeinen Textilarbeiter- und Arbeiterinnenversammlung, die am Dienstag, den 20. Mai, im Krankenhaus hier selbst stattfand.

Vom Präses des kath. Arbeitervereins wurden Einigkeit der Arbeiterchaft, treues Zusammenhalten und Ausdauer in der Gewerkschaftsbewegung als unerlässliche Voraussetzungen bezeichnet für eine dauernde Besserstellung der sozialen Lage der Arbeiterchaft.

Kempen. Zu Beginn des Frühjahres erwartete auch unter den hiesigen Textilarbeitern der Organisationsgedanke. Die Zahl derer, die dem frischen Organisationszug folgten, war groß; fast der letzte Textilarbeiter, die letzte Arbeiterin der hiesigen Fabriken traten unserem Verbands bei.

Korchenbroich. Am Sonntag, den 18. Mai, fand hier selbst im Lokale Steigels unsere ordentliche Jahresgeneralversammlung statt, die einen verhältnismäßig befriedigenden Besuch aufwies. Der bisherige verbienftvolle Leiter unserer Ortsgruppe, Kollege Anton Baus, gedachte in seiner Eröffnungsansprache der gesunkenen Mitglieder unserer Ortsgruppe und bat die Versammelten, das Andenken der Gesunkenen durch Erheben von den Sigen zu ehren.

Wank. Im Lokale Kolden tagte am 11. Mai unsere gutbesuchte Generalversammlung. Diese wurde vom Kollegen Anton Zimmermann geleitet. Als Vorstandsmitglieder wurden gewählt die Kollegen Anton Zimmermann erster, Leonhard Klaut zweiter Vorsitzender; Hermann Janzen erster, Peter Dohmen zweiter Kassierer; Peter Roberts erster, Jakob Dahmen zweiter Schriftführer.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Staatsbankrotte. — Allgemeine Rundschau: Interessante Feststellungen. — Die Verheerung der Jugend wieder am Werk. — Eine schöne Vertretung der Erwerbslosen. — Wahrung der Koalitionsfreiheit. — Sozialdemokratischer Terrorismus. — Sozialer Kursus für evangelische Beamte der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. — Feuilleton: Vom Geiste der Ferkelung und vom Geiste des Wiederaufbaues. — Aus unserer Industrie: Zur Rentabilität der Textilindustrie. — Keine Eröffnung der Bremer Baumwollspinnerei. — Die Einführung der 18stündigen Arbeitszeit in der Schweizerischen Baumwollindustrie. — Die diesjährige Seidenernte. — Die Lage des deutschen Webstoffgewerbes. — Aus unserer Bewegung: Der Gesinnungszwang in unserem „Freizeit-Altar“. — Wählt höhere Beitragsklassen. — Seid pflichttreue christliche Gewerkschaftler. — Bezirk Schlesien. — Berichte aus den Ortsgruppen: Sochnelrich. — Kempen. — Korchenbroich. — Wank.

Verantwortlich für die Schriftleitung: J. Müller, Krefeld.